

der Weimarer Republik. Klaus Schönhoven bietet als Ouvertüre zu Teil II eine souveräne Problemskizze zu »Gewerkschaften, Arbeitgeber und Staat in der Weimarer Republik« (S. 131 ff.). Werner Plumpe äußert sich zu »Christlicher Gewerkschaft und betrieblicher Mitbestimmung«, Horst Thum zu den »Traditionslinien von Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung«. Günter Brakelmann faßt die Substanz seiner Veröffentlichung von 1986 über den Ruhreisenstreit von 1928 zusammen. Je weiter die Beiträge in das 20. Jahrhundert vorrücken (Teil III), desto größer wird der Gewinn an neuen Perspektiven und Informationen. Wolfgang Schroeder, bekannt geworden durch seine Monographie über »Katholizismus und Einheitsgewerkschaft« in der Bundesrepublik Deutschland von 1992, liefert mit seinem Aufsatz über »Die gewerkschaftliche Diskussion in der evangelischen Kirche zwischen 1945 und 1955« nunmehr eine Art protestantisches Pendant zu seiner großen Studie. Harry Noormann skizziert »Evangelische Beiträge zum Ausbau des Sozialstaates«. Ergänzt wird der zeit- und gegenwartsgeschichtliche Teil durch Aufsätze über die »Mitbestimmungsdiskussion in der evangelischen Sozialethik« (T. Jähnichen) und das Verhältnis zwischen »Evangelischer Kirche und Gewerkschaften« (R. Weiser).

Der Sammelband zeigt, wie untunlich es wäre, den Beitrag des Sozialprotestantismus bei der Ausgestaltung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland zu übersehen. Vermutlich kann die Publikation gute Dienste nicht nur im wissenschaftlichen Diskurs, sondern auch in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit leisten. Ihr Verdienst besteht in einer Horizont-erweiterung zugunsten des protestantischen Faktors. Gewundert hat sich der Rezensent über die Formulierung der Herausgeber, der Evangelisch-soziale Kongreß sei im Erscheinungsjahr der Enzyklika »Rerum novarum« gegründet worden (S. 12).

*Kurt Nowak, Leipzig*

Franz Walter / Tobias Dürr / Klaus Schmidtke, Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora, Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 1993, 492 S., geb., 98 DM.

Helga Grebing / Hans Mommsen / Karsten Rudolph (Hrsg.), Demokratie und Emanzipation zwischen Saale und Elbe. Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bis 1933, Klartext Verlag, Essen 1993, 401 S., brosch., 58 DM.

Spätestens seit den Wahlen der Jahre nach 1990 ist die Fragwürdigkeit des Mythos vom »roten Sachsen« offenkundig. Nicht nur deswegen ist es zu begrüßen, daß Entstehung und Bindungen, Wirkungen und Fortdauer eines sozialdemokratischen Milieus auf lokaler Ebene im großen historischen Längsschnitt eingehender analysiert werden. Das Göttinger Trio Franz Walter, Tobias Dürr und Klaus Schmidtke untersuchte für drei mitteldeutsche Städte mittlerer Größe und unterschiedlicher kommunaler Traditionen sozialdemokratische Organisationsformen, Vereinswesen, Wahlentwicklungen und kommunalpolitische Aktivitäten über fast ein Jahrhundert hinweg, von den Anfängen sozialdemokratischer »Agitation« vor und nach dem Sozialistengesetz, über die Weimarer Republik (die in allen drei Beiträgen das Schwergewicht bildet), den hoffnungsvollen Neubeginn und das schnelle Ende in der bald kommunistisch dominierten Einheitspartei nach 1945 und den schwierigen und schwerfälligen Neuanfang nach 1990 vor dem Hintergrund des Verlusts aller Traditionsstränge. Sie erstellten drei Fallstudien, ausnahmslos frühere »Hochburgen« der Sozialdemokratie, die Städte Freital in Sachsen, Schmölln im östlichen Zipfel von Thüringen sowie das nordthüringische Zentrum Nordhausen mit dem (später eingemeindeten) Arbei-

tervorort Salza. Diese Auswahl ist überzeugend: Eine Gemeinde mit einem musterhaften Munizipalsozialismus, die zum Ende der Weimarer Republik von Finanznöten überrollt wurde, eine Mittelstadt mit ausgeprägten liberalen Traditionen und zuletzt eine von industrieller Monokultur geprägte Gemeinde, die früh die Auswirkungen wirtschaftlichen Niederganges kompensieren mußte. Hilfreich ist auch der leider nur knappe Versuch, diese drei Entwicklungsstränge in die jeweiligen Landes- und Regionalgeschichten der Sozialdemokratie einzuordnen – es werden damit zwar aussagekräftige, aber letztlich doch isolierte Mikrokosmen vorgestellt. Verwiesen wird auf die spezifische industrielle Tradition Sachsens und Thüringens, die in der Zeit der Weltwirtschaftskrise rapide zerfiel. Sie formte hier eine spezifische proletarische Lebenswelt, die in ein dichtes Organisationsnetz mündete. So weit – so plausibel. Leider können die Lokalstudien gerade diese Klammer von Solidargemeinschaften, Milieus und stabilen Wählerlagern aufgrund der Materiallage nur begrenzt analysieren. Insbesondere die Untersuchung Franz Walters zu Freital geht hier mitunter recht deduktiv vor: Existenz und Wirkungen der Kultur-, Bildungs- und Freizeitorganisationen werden mitunter von der Landes- auf die Ortsebene »hinuntergerechnet«. Wortreich und mit vielen Längen und Wiederholungen wird die für diese Frage lückenhafte Materialbasis geradezu überspielt. Besser sieht das dann schon für Nordhausen und Salza aus, während diese Problematik für Schmölln nur recht knapp behandelt wird. Das soll aber den eigentlichen Ertrag der drei Darstellungen nicht überdecken: Dazu zählt zunächst einmal die Analyse der Kommunalpolitik unter höchst unterschiedlichen Bedingungen (und der sie tragenden Persönlichkeiten) in der Weimarer Republik. Zu den in allen drei Teilen lesenswerten Passagen gehört die Phase der kurzen Renaissance und langen Agonie der Sozialdemokratie nach 1945. Hierzu zählen die Einschmelzung der Sozialdemokratie in die offenkundig mehrheitlich ungeliebte, aber unvermeidliche SED sowie die Eliminierung sozialdemokratischer Traditionen mit der Stalinisierung der SED seit 1948. Hier ist erstaunlich, in welchem kurzem Zeitraum es den Kommunisten gelang, das sozialdemokratische Erbe zu paralisieren, kenntlich an den lokalen Ereignissen parallel zum Aufstand am 17. Juni 1953. Recht knapp, aber gerade vor diesem langen historischen Hintergrund um so instruktiver, werden Personenkreis, Probleme und Traditions-Wahrnehmung der SPD-Neugründer des Jahres 1990 (in keinem Fall handelte es sich um Wiedergründer!) analysiert.

Völlig andere Wege geht der von Helga Grebing, Hans Mommsen und Karsten Rudolph besorgte Band, um einen ersten Schritt zur Analyse sozialdemokratischer Traditionslinien zu tun. In mehr als 20 Einzelbeiträgen werden Grundstrukturen einer Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung in Sachsen, der preußischen Provinz Sachsen, dem Land Anhalt und in Braunschweig bis zum Jahr 1933 geboten. Insgesamt entsteht so ein überraschend »dichtes« Bild sozialdemokratischer Organisationsbestrebungen und mancher ihrer führenden Köpfe. So werden in Einzelbeiträgen etwa der Dresdner August Kaden oder der langjährige Leipziger Bezirksvorsitzende Richard Lipinski vorgestellt, daneben das Wirken Ernst Heilmanns, der 1940 im KZ ermordet wurde, vor dem Ersten Weltkrieg in Chemnitz, einer späteren kommunistischen Hochburg, untersucht oder die Rolle von Max Seydewitz in Zwickau analysiert, der 1931 zur SAP ging, noch vor 1945 in die KPD übertrat und schließlich 1947 als SED-Funktionär sächsischer Ministerpräsident wurde. Die Beiträge spiegeln naturgemäß vorwiegend die Entwicklung in den großstädtischen Zentren im Dreieck zwischen Magdeburg, Chemnitz und Dresden wider; überraschend ist dabei insbesondere der Facettenreichtum der sächsischen Sozialdemokratie und speziell auch der Dresdner Arbeiterbewegung. Eingeschlossen ist hier selbst eine knappe Darstellung der »Alten Sozialdemokratischen Partei Sachsens« oder die konzeptionell-programmatische Eigenständigkeit der Leipziger Sozialdemokratie. Die meisten der überwiegend reichlich annotierten Beiträge sind von Wissenschaftlern aus der früheren DDR verfaßt und fußen oft auf Arbeiten und Archivrecherchen, die noch vor 1989 geleistet wurden. Naturgemäß

haben eine Reihe von Einzelbeiträgen noch Werkstattcharakter; insgesamt weisen sie jedoch auf ein zukünftig breites und mutmaßlich ertragreiches Forschungsfeld. In ihrem abschließenden Beitrag verweist Helga Grebing auf die »langen Kontinuitätslinien des Demokratisierungsprozesses« und den gleichzeitig sichtbaren, »langanhaltende[n] Wille[n], die politische Trennung von der bürgerlichen Demokratie hinauszuzögern.« In der Tat weist das auf Elemente eines nichtpreußischen, »besonderen sächsischen Weges zum Sozialismus«. Diese lesenswerte und anregende Systematisierung enthält leider einige politisch schiefe Formulierungen. Was soll es, einige der führenden Linken in der »Leipziger Volkszeitung« als »revolutionäres Edelholz« zu titulieren oder Fritz Heckert oder Heinrich Brandler als »dynamische Linke« zu würdigen, die unter der »Fuchtel von Noske und Heilmann [. . .] keinen Fuß auf den Boden bekamen«? *Werner Müller, Rostock*

Ursula Ratz, *Zwischen Arbeitsgemeinschaft und Koalition. Bürgerliche Sozialreformer und Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg*, K. G. Saur Verlag, München etc. 1994, XII + 574 S., Ln., 128 DM.

Mit dieser Studie setzt Ursula Ratz ihre 1980 unter dem Titel »Sozialreform und Arbeiterschaft« erschienene Arbeit über das Verhältnis zwischen der Gesellschaft für Soziale Reform (GfSR) und der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung fort, die die Zeit von der Jahrhundertwende bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges behandelt. Sie stellt sich die Aufgabe, neben »der Konzeption, Struktur und den Aktivitäten der GfSR sowie ihrer Stellung im gesellschaftlich-politischen Kräftefeld [. . .] vor allem die im Weltkrieg vermehrten Chancen einer Kooperation der bürgerlichen Sozialreformer mit den ihnen zugeordneten Arbeitnehmerorganisationen insbesondere des freigewerkschaftlichen Milieus« darzustellen. Damit rückt »die Frage nach den Möglichkeiten, Grenzen und Wirkungen bürgerlich-sozialdemokratischer Koalitionspolitik im ausgehenden Kaiserreich« in den Mittelpunkt der Analyse. Für die Untersuchung dieser Fragestellung erweist sich die GfSR als ein überaus geeigneter Kristallisationskern, entwickelte sie sich doch während des Ersten Weltkrieges immer deutlicher zu einem »Sammelzentrum« aller auch die sozialdemokratischen Formationen einbeziehenden Arbeitnehmerorganisationen. (S. 1)

Den Focus der Untersuchung bilden die vielfach von den Sozialreformern initiierten Arbeitsgemeinschaften zwischen den unterschiedlichen Arbeitnehmerorganisationen, wobei Arbeitsgemeinschaften als eine Art von »Mittelglied« zwischen punktuellen und temporären Aktionsgemeinschaften einerseits und auf Dauer angelegten Koalitionen andererseits gelten. (S. 2) Auf der Grundlage einer imponierenden Quellenvielfalt und einer umfassenden Auswertung der wissenschaftlichen Literatur zeichnet Ratz mit durchgängig solide belegter und ebenso differenzierter wie nachvollziehbarer Argumentation Herausbildung, Arbeit und auch Chancen sowie Grenzen der Wirksamkeit derartiger »Arbeitsgemeinschaften« nach. Im Anhang werden zudem neun Dokumente publiziert; diese zeigen zum einen den sehr guten Informationsstand des Bureaus für Sozialpolitik, das in die Funktion einer Schaltstelle der sozialpolitischen Entwicklung hineinwuchs, zum anderen die Schwierigkeiten schon der Abstimmung über die Formulierung einzelner Programmklärungen zwischen den unterschiedlichen Gruppierungen.

Nach einer knappen Skizze der Ausgangslage am Vorabend des Krieges beschreibt Ratz das Geflecht von Gesprächskreisen, politischen Klubs und literarischen Zirkeln, in denen sich Vertreter der unterschiedlichen Arbeitnehmerverbände, vor allem auch der Richtungsgewerkschaften, näherkamen. Voraussetzung und Basis der Kontaktaufnahme war – so arbeitet Ratz heraus – das »August-Erlebnis«. Diese Kontakte bildeten – in Anknüpfung